

Hilfswerk Österreich // Wien, 6. Mai 2022

Medieninformation zur (Online-)Pressekonferenz, Freitag, 6. Mai 2022:

Was darf oder muss eine „ordentliche“ Pflegereform kosten? Hilfswerk präsentiert Kostenschätzung mit Fokus auf Pflege zu Hause

Die Pflege gilt zu Recht als eine der größten Herausforderungen der österreichischen Politik. Der noch immer ausständige Masterplan und fehlende Budgetansätze betreffen zahlreiche Problemzonen. Unter ihnen die dringend gebotene Stärkung der Pflege zu Hause und die Entlastung der pflegenden Angehörigen. Für eine nachhaltige Reform dieser Bereiche kalkuliert das Hilfswerk mit einem Budgetaufwand von knapp einer Milliarde Euro.

„Kernstück der Pflegereform ist und bleibt eine **Personaloffensive**. Denn: Ohne Pflegekräfte keine Pflege“, stellt **Othmar Karas**, Präsident des Hilfswerk Österreich, klar. „Das Pflegesystem birgt aber **weitere Schwachstellen**, für die gilt: Der Masterplan, um sie zu beheben, fehlt. Seriöse Berechnungen, wie viel eine menschenwürdige, professionelle, an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte Pflege kostet, gibt es nicht“, bemängelt Karas. Das betreffe insbesondere die im Regierungsprogramm angekündigte Stärkung der Pflege zu Hause sowie die Entlastung der pflegenden Angehörigen. Auch dafür müsse Geld fließen: „Unsere Berechnungen zeigen, dass die **Stärkung der Pflege zu Hause einen perspektivischen Mehraufwand von 946 Mio. Euro** bedeutet. Ein weiteres Zuwarten käme noch teurer und würde überdies den Personalmangel weiter verschärfen. Daher gilt: Eine Pflegereform, die nichts kostet, ist keine“, so Karas.

Warum bedarf es einer Stärkung der Pflege zu Hause und der Entlastung pflegender Angehöriger? Welche Maßnahmen sind zielführend? Was kosten sie?

1) Ausbau mobiler Dienste: In Österreich gibt es rund 470.000 Pflegegeldbezieher/innen. Fast 80 Prozent von ihnen werden zu Hause gepflegt, die Hälfte davon ausschließlich von Angehörigen, die somit der „größte Pflegedienst des Landes“ sind. Hilfswerk-Geschäftsführerin **Elisabeth Anselm**: „Knapp die Hälfte der Pflege-Haushalte nehmen professionelle Dienste wie **Hauskrankenpflege und Heimhilfe** sowie ergänzende mobile Angebote (z. B. Essen auf Rädern) in Anspruch. Sie ermöglichen pflegebedürftigen Menschen den Verbleib zu Hause und entlasten pflegende Angehörige.“ Einflussfaktoren wie der **demographische Wandel erhöhen die Nachfrage nach mobiler Versorgung** laut Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) um bis zu rund 25 Prozent. Die **Kosten** dafür werden auf **172 Mio. Euro** geschätzt (siehe Studie der Arbeiterkammer Wien).

2) Mehrstündige Tagesbetreuung zu Hause durch Heimhilfen oder Alltagsbetreuer/innen ermöglicht pflegenden Angehörigen **geblockte (Frei-)Zeit** für Erledigungen und eigene Bedürfnisse. Dies ist eine **entscheidende Intervention zum Erhalt ihrer Kraft und Lebensqualität**. Das Regierungsprogramm sieht einen „**pflegefreien Tag**“ pro Monat vor. Derzeit gibt es die mehrstündige Tagesbetreuung aber nicht in allen Bundesländern. Teilweise ist sie unflexibel oder mit 7,- bis 10,- Euro pro Stunde zu teuer, um sie regelmäßige zu nutzen. Die Arbeiterkammer geht von einem potenziellen Bedarf an mehrstündiger **Tagesbetreuung für rund 40.000 pflegende Angehörige** aus, die das Angebot je nach Lebenssituation mit 2 bis 13 Stunden pro Woche in Anspruch nehmen. Das ergibt knapp **10 Mio. Stunden pro Jahr**, die geschätzte **421 Mio. Euro kosten**.

3) Entlastung pflegender Angehöriger durch (psycho-)soziale Angebote, z. B. telefonische und zugehende Beratung, Coaching, Weitervermittlung, Trauerbegleitung! Geht man von ca. 70.000 Personen aus, die in Phasen großer Belastung psychosoziale Entlastung und Unterstützung benötigen (insbesondere in Zusammenhang mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen) würde das **Kosten von etwa 20 Mio. Euro** bedeuten (siehe auch Studie der Arbeiterkammer Wien).

4) Reduktion der Eigenbeiträge! Wer mobile Pflege- und Betreuungsdienste beansprucht, muss Eigenbeiträge entrichten. Diese sind – je nach Bundesland unterschiedlich – sozial gestaffelt (außer im Burgenland). Das soll die Leistbarkeit sicherstellen, aber die Beträge sind trotzdem teilweise erheblich. Eine **faire Angleichung der Eigenbeiträge und einer besseren Leistbarkeit** – z. B. durch Deckelung – würde für mehr Entlastung und Planbarkeit sorgen. Würde man das Gesamtaufkommen an **Eigenbeiträgen für die mobilen Dienste** halbieren, entstünden Mehrkosten von **63 Mio. Euro**.

5) Mehr Fairness bei der Pflegegeldeinstufung! Das Pflegegeld, nach Ausmaß der Pflegebedürftigkeit gestuft, hilft den mehr als 365.000 Bezieher/innen, die zu Hause leben, die Kosten für mobile Dienste, 24-Stunden-Betreuung, Pflegehilfsmittel u. a. zu bestreiten. Die Praxis der Pflegegeldeinstufung muss jedoch verbessert werden. **50 Prozent der Klagen gegen eine zu niedrige Einstufung führen zu einer Erhöhung selbiger.** „Auffällig dabei ist: Die falsche Einstufung betrifft besonders jene Menschen, die zu Hause begutachtet werden. Sie sind auf die detailreichen Fragen nicht ausreichend vorbereitet, haben oft keine fachliche Unterstützung und neigen aus Scham zur Beschönigung“, erläutert Elisabeth Anselm. Das Hilfswerk geht von einer **vierfach höheren Dunkelziffer** aus, verteilt über alle Pflegestufen. Würde die **Einstufung für alle adäquat** erfolgen, entstünde laut Berechnungen des Hilfswerks ein Mehraufwand von rund **50 Mio. Euro**.

6) 24-Stunden-Betreuung: Reform des Fördermodells! Die Förderung der 24-Stunden-Betreuung wurde seit Einführung 2007 nicht valorisiert und beträgt noch immer 550 Euro pro Monat. Kaufkraftverlust bis 2021: über 120 Euro. Das Hilfswerk fordert deshalb, die Förderung auf 670 Euro zu erhöhen. Zudem sollte die Förderung auf Basis des Österreichischen Qualitätszertifikats für Vermittlungsagenturen in der 24-Stunden-Betreuung (**ÖQZ-24**) weiterentwickelt und an Fairness- und Qualitätskriterien gebunden werden. Die **Kosten** für die längst überfällige **Valorisierung** und die **Weiterentwicklung des Fördermodells**: rund **220 Mio. Euro**.

In Summe bedeutet das Hilfswerk-Paket zur Weiterentwicklung und Stärkung der Pflege zu Hause perspektivisch einen Mehraufwand von 946 Mio. Euro pro Jahr. Österreich gibt derzeit 1,9 Prozent des BIP für Langzeitpflege aus, Dänemark 2,5 Prozent. Zöge Österreich hier nach, stünden 2,42 Milliarden Euro mehr für die Pflege zur Verfügung. Diese Summe wird es laut Hilfswerk nicht brauchen. Sehr wohl brauche es jedoch einen weiteren finanziellen Spielraum, um ein kraftvolles, budgetär signifikant ausgestattetes Personalpaket zu schnüren.

Mit seiner **Jahresinitiative 2022 „Für die Liebsten sorgen, auf sich selbst nicht vergessen.“** präsentiert das Hilfswerk ein umfassendes Beratungs- und Hilfsangebot für pflegende Angehörige.

Bei seiner Jahresinitiative 2022 setzt das Hilfswerk auf starke Partner wie **Erste Bank und Sparkassen, Wiener Städtische Versicherung** und **bloom Hörakustik, Essity/TENA, B.Braun, Institut AllergoSan** und **Publicare** unterstützen das Hilfswerk bei seinem aktuellen Fachschwerpunkt.

RÜCKFRAGEHINWEIS UND PRESSEKONTAKT

Hilfswerk Österreich

Mag. Petra Baumberger

T: +43 1 4057500220 | M: +43 676 878760206

petra.baumberger@hilfswerk.at | www.hilfswerk.at/oesterreich

PR-Agentur

die jungs kommunikation e. U.

M: +43 699 10088057 (Martin Lengauer)

office@diejungs.at | www.diejungs.at